BERLIN BOXX BusinessMagazin



Frank Schmeichel, Verleger der BERLINboxx | © BERLINboxx

Zeit ist (Steuer)Geld: Berlins Wähler dürfen nicht auf Januar vertröstet werden

24. November 2026

Die Hauptstadt-SPD will ihre Mitglieder erst nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen über ein Bündnis mit Linken und Grünen abstimmen lassen. Eine frühzeitige Befragung zu den roten Linien hätte Zeit - und damit auch Steuergeld - sparen können. Scheitert der Vertrag im Januar, droht Berlin eine lähmende Phase politischer Ungewissheit.

Von Frank Schmeichel, Verleger der BERLINboxx

Wählerinnen und Wähler wählen keine Koalitionen direkt. Sie wählen Parteien und

erwarten, dass diese zügig eine Regierung bilden, die den Wählerwillen abbildet. Dieser politische Anspruch verlangt, dass die Parteien ernsthaft und ohne unnötige Verzögerungen daran arbeiten, eine tragfähige Mehrheit zu schaffen. Die Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und Linken haben - spät genug - am 2. November begonnen. Ein Vertrag soll Anfang Januar vorliegen. Danach erst sollen die SPD-Mitglieder verbindlich darüber abstimmen: Das Votum ist vom 4. bis zum 19. Januar geplant. Damit fällt die Entscheidung über die Koalition knapp vier Monate nach der Wahl vom 20. September.

Gerade die SPD hätte ihre Mitglieder problemlos früher einbeziehen können. Eine Befragung unmittelbar nach den Sondierungen hätte klären können, ob die Basis grundsätzlich bereit ist, mit Linken und Grünen zu verhandeln – und welche roten Linien sie dafür zieht. Das wäre keine Abstimmung über einen unbekannten Koalitionsvertrag gewesen. Es hätte den Verhandlern aber ein belastbareres Mandat gegeben und früh gezeigt, wo die Grenzen der innerparteilichen Zustimmung liegen. Stattdessen entschied der SPD-Landesvorstand über die Aufnahme der Verhandlungen. Das verbindliche Votum der Mitglieder ist erst für den ausgehandelten Vertrag vorgesehen. So kann es dazu kommen, dass monatelang verhandelt wird – und die Parteibasis am Ende den Daumen senkt. Dann vergingen möglicherweise weitere Wochen oder Monate, bis eine neuer Senat im Amt wäre.

Wie lange sich eine Regierungsbildung hinziehen kann, zeigt ein historischer Extremfall aus Hessen. Nach der Landtagswahl vom 25. September 1983 wurde das neue Kabinett Börner erst am 4. Juli 1984 vereidigt – 283 Tage später. Immerhin: Berlin ist in der Zwischenzeit nicht ohne Verwaltung: Der bisherige Senat bleibt geschäftsführend im Amt. Doch eine geschäftsführende Regierung verkörpert nicht die neue politische Mehrheit, und sie sollte keine weitreichenden Entscheidungen treffen, die eine Nachfolgerregierung binden. Die Stadt steht vor wichtigen Aufgaben in Haushalt, Wohnen, Verkehr, Bildung, Sicherheit und Wirtschaft. Viele davon dulden angesichts der desaströsen Kassenlage keinen monatelangen Aufschub.

Keine Frage, eine sorgfältige Koalitionsbildung braucht Zeit. Aber Zeit allein ist kein Zeichen von Sorgfalt. Wer die Mitglieder erst am Ende fragt, obwohl ihre Zustimmung entscheidend ist, nimmt bewusst in Kauf, dass die Regierungsbildung scheitert. Das ist politisch unverantwortlich. Die Berlinerinnen und Berliner dürfen erwarten, dass die Parteien früher klären, ob ein Regierungsbündnis überhaupt eine realistische Chance auf Rückhalt hat – und dass sie das Wahlergebnis nicht erst nach Monaten in politische Handlungsfähigkeit übersetzen.